



**EIN GEWINN FÜR ALLE:
TEILHABE WIRKT!**

Forschung

Erfolgsmodell Arbeit Inklusiv: Großer Rückhalt Seite 31

KVJS
**SGB IX: Aktuelles
vom KVJS**
Seite 6

Soziales
**Vielfalt in der
Wohnberatung**
Seite 20

Jugend
**LJHA: Verantwortungs-
gemeinschaft gefragt**
Seite 28

Impressum

KVJS Aktuell
Mai 2024

Herausgeber:
**Kommunalverband für Jugend
und Soziales Baden-Württemberg**
Öffentlichkeitsarbeit
Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart
www.kvjs.de

V.i.S.d.P.: Sima Arman-Beck

Projektmanagement: Monika Kleusch

Redaktion: Sima Arman-Beck, Julia Holzwarth,
Monika Kleusch, Ulrike von Siegroth

Mit Beiträgen von: Stephan Gokeler

Titelfoto: Günter E. Bergmann

Layout: www.mees-zacke.de

Bestellungen und Adressänderungen:
Telefon 0711 6375-208, publikationen@kvjs.de

Druck: Hausdruckerei KVJS

Redaktioneller Hinweis:

Wir bitten um Verständnis, dass aus Gründen der Lesbarkeit auf eine durchgängige Nennung der weiblichen und männlichen Bezeichnungen verzichtet wird. Selbstverständlich beziehen sich die Texte in gleicher Weise auf Frauen, Männer und Diverse.

Inhalt

KVJS

- 4 Für ein starkes Sozial- und Gesundheitswesen
- 6 Umsetzung SGB IX: Aktuelles vom KVJS
- 6 Überraschung gelungen! – Verbandsdirektorin für 40 Jahre im öffentlichen Dienst geehrt
- 8 „Netzwerkarbeit war für mich immer elementar“

HABILA

- 10 Habila Ulm: LibW-Neubau auf dem Gelände des Tannenhofs

SOZIALES

- 12 **Rüstzeug für die Praxis – #2 Aus der Reihe: Betreuungsrecht**
- 16 **Einblicke in die aktuelle Betreuungsstatistik BW – #2 Aus der Reihe: Betreuungsrecht**
- 18 Ausbau von Angeboten der Eingliederungshilfe durch investive Förderung
- 19 Kristin Schwarz begrüßt BAGüS-Ausschuss „Altenhilfe und Pflege“ in Stuttgart
- 20 Strukturelle Vielfalt in der Wohnberatung

INKLUSION

- 22 Forschungsprojekt: Kollege Schlauer Klaus
- 24 Umsetzung SGB IX beim KVJS-Integrationsamt
- 26 Vanessa Mai zu Besuch im iD-Markt Waiblingen
- 26 Green City Hotel Vauban: 10 Jahre inklusiv und ökologisch

JUGEND

- 27 Mit Mut und Innovation den Wandel gestalten
- 28 LJHA: Verantwortungsgemeinschaft mehr denn je gefragt
- 29 Kinder- und Jugendhilfe: Gute Lösungen müssen her
- 30 „Die distanzierte Mitte“: Neue Ergebnisse der Langzeitstudie
- 30 Dr. Jürgen Strohmaier in Ruhestand verabschiedet

FORSCHUNG

- 31 Erfolgsmodell Arbeit Inklusiv: Großer Rückhalt

NEU ERSCHIENEN

- 34 Neu erschienen
- 35 Digitalmagazin ZB

Für ein starkes Sozial- und Gesundheitswesen

Sozialdezernentinnen und -dezernenten tagen im Bildungszentrum Schloss Flehingen

Inhaltlicher Schwerpunkt lag auf der Sicherung der Daseinsvorsorge. Wie können auch künftig ausreichend Kräfte für den sozialen Bereich gewonnen werden und welche weiteren Herausforderungen müssen angegangen werden?



Die Tagung bot Zeit und Raum für wertvollen Austausch.

„Wir möchten mit Ihnen einen breiten Blick auf die Situation in den Einrichtungen und in den Verwaltungen werfen. Wir haben ein spannendes Programm, das sich durch seine Referierenden auszeichnet. Lassen Sie uns gemeinsam auf Bedarfe, Potentiale und Ressourcen für eine zukunftsfähige Daseinsvorsorge schauen“, stimmte die Direktorin des KVJS, Kristin Schwarz, die Anwesenden auf die gemeinsamen Tage ein.

Die Leiterin der Abteilung „Gesellschaft“ im Sozialministerium, Dr. Simone Höckele-Häfner, berichtete unter anderem zum aktuellen Stand der

Novelle des Kinder- und Jugendhilfegesetzes und dem inklusiven SGB VIII. In beiden Verfahren sei der Beteiligungsprozess nahezu abgeschlossen. Nun müssten die Referenten- und Gesetzesentwürfe finalisiert sowie zur Anhörung freigegeben werden.

Erfolgsgeschichte Schulsozialarbeit

Klare Worte fand die Ministerialdirigentin zur Verteilung unbegleiteter minderjähriger Ausländer (UMA). Hier sei die Erfüllung der Einreise- und Bestandsquote entscheidend, um auch

weiterhin bundesweit verteilen zu können. Als Erfolgsgeschichte bezeichnete Höckele-Häfner die Landesförderung der Schulsozialarbeit. Der KVJS setzt das Programm administrativ um und begleitet es inhaltlich.

Auf spezielles Interesse stieß im anschließenden Vortrag zur Jugendhilfe der Erprobungsparagraf. „Wir rechnen mit einem intensiven Beratungsbedarf“, gab Gerald Häcker, Leiter des KVJS-Landesjugendamtes als Einschätzung ab. Er ging in diesem Zusammenhang auf die Hinweise des KVJS ein, wie der Erprobungsparagraf umgesetzt werden soll und wies auf die Online-Infoveranstaltungen für Träger hin.

Zum Mangel, aber auch zur möglichen Gewinnung von Fachkräften, präsentierte Dr. Susanne Koch, Geschäftsführerin Operativ der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit, zukünftige Trends. Die langfristige Perspektive zeige, dass bis 2040 ebenso viel Arbeitsplätze abgebaut, wie gewonnen würden. Dabei seien die Gesundheits- und Erziehungsberufe „Gewinner“. Gleichzeitig gebe es im Bereich der sozialen Dienstleistungsberufe kaum Substituierungspotentiale durch Automatisierung oder Digitalisierung.

Erwerbstätigkeit als Schlüssel für Inklusion

Die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung biete Chancen. Eine Herausforderung sei es, junge Menschen ohne Berufsabschluss außerhalb der Angebote zur Berufsberatung zu erreichen. Dass die Erwerbstätigkeit der Schlüssel zur gesellschaftlichen Integration sein kann, nutzte Koch als Argumentation, um auf das Potential von zugewanderten Menschen für den Arbeitsmarkt hinzuweisen.

Das anschließende Expertengespräch mit dem Titel „die Sicherung der Daseinsvorsorge – kann das gelingen?“ bot Raum, die Informationen von Dr. Susanne Koch in den Kontext der aktuellen



Rückte die zukunftsfähige Daseinsvorsorge in den Fokus: Verbandsdirektorin Kristin Schwarz.
Fotos © Justus Heck

Situation einzuordnen. Andreas Bauer, Sozialdezernent des Landkreis Reutlingen, plädierte dafür, klar zu kommunizieren, dass es ein „weiter so“ nicht geben könne. Er schlug einen Realitätscheck für jedes neue Gesetz hinsichtlich seiner Umsetzung vor. Michael Spielmann, Abteilungsleiter des Caritasverbandes der Erzdiözese Freiburg und stellvertretender Vorsitzender des Landesjugendhilfeausschusses, zeigte Möglichkeiten auf, wie neue, gemeinsame Standards aussehen könnten, die stärker auf Kompetenz und weniger auf formalen Kriterien beruhten.

Den Auftakt zu Tag zwei bestritt Frank Stahl, Leiter des Dezernats Soziales, mit einem Blitzlicht zur Pflege, ebenfalls mit Fokus auf der Personalsituation. Danach gab Walter Böttiger, Referatsleiter im Sozialministerium, unter anderem einen Überblick über die Weiterentwicklungen des Bedarfsermittlungsinstrumentes BEI_BW, das im Umfang wesentlich reduziert und inhaltlich enger am SGB IX geführt werden soll. Das Plenum nutzte die Chance und stellte die Themen schulische Inklusion, die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) und die Chancen der Entlastungsallianz zur Diskussion.

Zur Umsetzung des BTHG brachte KVJS-Referatsleiterin Eva Dargel klar auf den Punkt, dass eine größere Landeseinheitlichkeit bei den Leistungs- und Vergütungsmodellen oberste Priorität haben müsse. Welche Wege zu einem inklusiven Arbeitsmarkt führen, stellte Dezernent Berthold Deusch vor (s. auch Seite 31) und setzte damit den inhaltlichen Schlusspunkt der Tagung.

Sima Arman-Beck

Umsetzung SGB IX: Aktuelles vom KVJS

ELVE ist da

ELVE steht für „Elektronische Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen der Eingliederungshilfe“ und ist eine vom KVJS entwickelte Plattform für die Stadt- und Landkreise. Darauf werden sämtliche nach dem SGB IX abgeschlossenen Vereinbarungen in Baden-Württemberg zur Verfügung gestellt, die dem KVJS vorliegen.

„Mit ELVE kommen wir dem vielfachen Wunsch der Eingliederungshilfeträger nach einer landesweiten Übersicht nach“, sagt Dezernent Frank Stahl. Die Anwender können nach verschiedenen Kriterien filtern, etwa nach Leistungsangebot, Träger oder Kreis. Zusätzlich werden Arbeits- und Übersetzungshilfen sowie Lernvideos angeboten. Sie sollen die Mitarbeitenden vor Ort bei der Gesamtplanung im Übergang vom Gesamtplan in die konkrete Leistung unterstützen.

Die Plattform wird vom KVJS sukzessive mit Daten und Materialien befüllt. Der Zugriff erfolgt über personenbezogene Zugänge. Die Kreise wurden per Rundschreiben über das Registrierungsverfahren informiert. Inhaltliche Fragen und Anregungen richten Sie gerne an elve@kvjs.de.

Factsheets zum BTHG

Mit deutlichen Worten haben sich der KVJS, Städtetag und Landkreistag in einer gemeinsamen Risikokommunikation an den Finanzminister, Sozialminister und weitere zuständige Landtagsabgeordnete in Baden-Württemberg gewandt: „Die Kommunen gehen bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) von erheblichen Mehrkosten aus. Fraglich ist, ob die erheblichen Kostensteigerungen tatsächlich zu mehr Teilhabe für Menschen mit Behinderung führen“, so der Problemaufriss.

Untermuert werden die Befürchtungen durch konkrete Fall- und Rechenbeispiele. Die Verbände fordern die Bekräftigung des Bekenntnisses vom Land, sämtliche BTHG-bedingten Mehrkosten zu refinanzieren. Die tatsächliche Kostenentwicklung müsse sich in den Abschlagszahlungen widerspiegeln und die Kommunen könnten bei Kosten dieser Größenordnung nicht in Vorleistung gehen. Doch auch die überbordende Bürokratie müsse eingegrenzt werden.

Wichtig sei, Verfahren und Strukturen zu vereinfachen, Modelle zu homogenisieren. „Die unzäh-

ligen Leistungs- und Vergütungsmodelle, speziell im Bereich der besonderen Wohnformen, machen den Prozess hochkomplex und verlangsamten die Umsetzung. Wir werben nach wie vor ausdrücklich für mehr Einheitlichkeit“, sagt Kristin Schwarz, Verbandsdirektorin des KVJS.

Die Schreiben wurden an die Stadt- und Landkreise verschickt mit der Bitte um Weiterleitung an politische Entscheidungsträger. Die Adressaten werden darin aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass das gemeinsame Ziel, Menschen mit Behinderung mehr Teilhabe bei nachhaltiger Finanzierbarkeit zu ermöglichen, auch tatsächlich erreicht werden kann.

Die Factsheets finden Sie hier:

Risikokommunikation:



Hintergrundinformationen:



BEI_BW auf dem Prüfstand

Das Bedarfsermittlungsinstrument BEI_BW wurde überarbeitet. Nach einer Erprobung durch ausgewählte Kreise und dem Medizinisch-Pädagogischen Dienst des KVJS (MPD), waren alle Träger der Eingliederungshilfe aufgerufen, es selbst „auf Herz und Nieren“ zu prüfen. „Der Anspruch ist, dass das neue BEI_BW deutlich ressourcenschonender und zweckmäßiger umsetzbar ist als bisher, damit die Stadt- und Landkreise zügig wesentlich entlastet werden“, betont Dezernent Frank Stahl. Die Basis sind möglichst dezidierte und umfassende Rückmeldungen der Kreise, bezogen auf den gesamten Anwendungsprozess.

Das Kompetenzzentrum Bedarfsermittlung, ein Zusammenschluss aus dem MPD und Referaten des Dezernats Soziales, sammelt und bündelt das Feedback zur Vorbereitung auf die weiteren Schritte. Eine Freigabe des überarbeiteten BEI_BW durch das Sozialministerium ist für das zweite Quartal 2024 vorgesehen.

Julia Holzwarth / Sima Arman-Beck

(Bericht basiert auf dem aktuellen Stand zum Redaktionsschluss am 12. April 2024)

Überraschung gelungen! – Verbandsdirektorin für 40 Jahre im öffentlichen Dienst geehrt

Das hatte Kristin Schwarz zu Beginn der ersten Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses 2024 nicht erwartet. Mit Blumen, Dankesbrief und einer von Ministerpräsident Kretschmann unterschriebenen Urkunde bedankte sich der Verbandsvorsitzende Landrat Gerhard Bauer bei seiner Verwaltungsleiterin für ihr Engagement und ihren unermüdlichen Einsatz für die vielen Themen und Aufgaben des KVJS. Dabei sei die

Expertise und hohe Fachlichkeit der landesweiten Sozialexpertin in allen Bereichen des Verbandes von unschätzbarem Wert, hob Landrat Bauer hervor.

„Kaum bin ich nicht im Bundesland, wird klammheimlich geplant und organisiert. Damit habe ich wirklich überhaupt nicht

Verbandsvorsitzender Gerhard Bauer gratuliert Verbandsdirektorin Kristin Schwarz zu 40 Jahren im Öffentlichen Dienst.
Foto: © Sima Arman-Beck

gerechnet!“ zeigte sich die frisch von einer Dienstreise zurückgekehrte Verbandsdirektorin verblüfft und erfreut zugleich. Kristin Schwarz, die vor 40 Jahren ihre berufliche Laufbahn im Landkreis Esslingen begann und 2017 von der Verbandsversammlung zur Direktorin des KVJS gewählt wurde, nahm die Gratulation gern entgegen und dankte Landrat Bauer für die wertschätzenden Worte.

Sima Arman-Beck



„Netzwerkarbeit war für mich immer elementar“

Stellvertretender Verbandsdirektor tritt in den Ruhestand ein

Begonnen hat Dieter Steck seine berufliche Laufbahn bei zwei großen Kreisstädten im Landkreis Esslingen. Beenden wird er sie jetzt nach insgesamt 46 Dienstjahren. Davon 33 beim Landeswohlfahrtsverband Württemberg-Hohenzollern und im Anschluss beim KVJS als stellvertretender Verbandsdirektor und Leiter des Dezernats für Finanzen, Personal und Organisation. Ein Interview zum Abschied.

Herr Steck, Sie blicken auf eine lange Karriere beim KVJS zurück. Gibt es Ereignisse, die Ihnen besonders in Erinnerung bleiben werden?

Da gibt es einige, auf zwei Ereignisse möchte ich näher eingehen. Als Leiter der Finanz- und Hauptverwaltung war ich ab 1999 für alle Liegenschaften und Beteiligungen zuständig. Der Landeswohlfahrtsverband Württemberg-Hohenzollern hatte damals noch die Kliniken Markgröningen und Löwenstein und unterschiedliche Einrichtungen. Neben den Einrichtungen der Eingliederungshilfe und dem Erholungsheim Gültstein auch das Jugendheim Schönbühl, das Kindersolbad Bad Friedrichshall und das Werner-Heim in Bad Wildbad. Hier mussten für jede Einrichtung selbstständige Wirtschaftspläne erstellt werden, das Finanzvolumen war beträchtlich. Nach und nach wurden die Einrichtungen geschlossen oder es fanden Trägerwechsel statt. Diese Veränderungen fielen insgesamt in bewegte Zeiten – die Kostensteigerung in der Eingliederungshilfe und Pflege waren hochdynamisch, das war keine einfache Situation. 2003 wurde dann beschlossen, alle Einrichtungen der Behindertenhilfe zusammenzuschließen und in die HABILA zu überführen. Über diese Entscheidung bin ich sehr froh! Wir konnten so zu einer gesunden Marktpluralität mit einer kommunalen gGmbH beitragen.

Und der zweite Meilenstein?

Die Verwaltungsreform und die damit einhergehenden Verhandlungen zur Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände und Neugründung des KVJS,

an denen ich maßgeblich mit beteiligt war. Ziel der Reform war es, die Gesamtzuständigkeiten neu zu ordnen und die Stadt- und Landkreise zu stärken, in dem diese themenbezogen „alles aus einer Hand“ anbieten konnten. In diesem Zuge galt es, zwei Verbände mit veränderten Aufgabenzuschnitten zu fusionieren, mit allem, was dazugehört: Personaleinsatzplanung, Immobilienmanagement und die große Herausforderung, aus zwei Verbänden einen zu formen. Hier haben mir meine Netzwerke, auf die ich immer großen Wert gelegt habe, gute Dienste erwiesen.

Sie sprechen die Netzwerkarbeit an, welche Faktoren waren für Ihr Tun und Wirken wichtig?

Die Netzwerkarbeit war für mich immer elementar. Ich bin Mitglied bei den Arbeitstagen des Landkreistages der Finanzdezernenten, den Haupt- und Personalamtsleitern, im Verwaltungsrat von 4IT und stellvertretendes Aufsichtsratsmitglied bei Komm.One. Seit 1999 bin ich außerdem Mitglied im Fachausschuss Pflege bei der Baden-Württembergischen Krankhausgesellschaft. Diese Netzwerke haben sich an vielen Stellen als wertvoll und tragfähig erwiesen. Aber auch die KVJS-interne Vernetzung war mir immer wichtig. In 25 Jahren Gremienarbeit habe ich mir auch Vertrauen bei der Verbandsführung und unseren Gremien erarbeitet. Eine gute und enge Kommunikation und Verzahnung mit den Führungskräften der Stadt- und Landkreise ist unverzichtbar für einen Verband, der als Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum die wichtigen Themen erspürt und diese windschnittig voranbringt.



Dieter Steck beim Abschiedsinterview. Foto: © Monika Kleusch

Ein gutes Stichwort: Als Leiter des Dezernats Finanzen, Personal und Organisation waren Sie für viele zentrale Themen zuständig. Wie haben sich die Herausforderungen geändert und was ist gleichgeblieben?

Grundsätzlich hatte ich während meiner gesamten beruflichen Laufbahn den Anspruch, Innovationen zu suchen und zu finden, dabei aber Zeitpläne und Ressourcen im Auge zu behalten, dass Veränderungen auch mit dem richtigen „Zug“ umgesetzt werden können. In den einzelnen Bereichen haben sich die Anforderungen und Herausforderungen zum Teil aber erheblich geändert. Vor 20 Jahren kamen auf eine offene Stelle bis zu 200 Bewerbungen, ich hatte stapelweise Kisten im Büro. Heute haben wir einen Fachkräftemangel in nahezu allen Bereichen. Gerade bei der Personalgewinnung wird Social Media immer wichtiger. Auch müssen wir die Demografie im Auge behalten – der KVJS hat einen hohen Anteil an weiblichen Mitarbeitenden. Deshalb war es mir immer wichtig, den KVJS als familienfreundlichen Arbeitgeber darauf abzustimmen. Die Möglichkeit zu flexiblem Arbeiten, zum Beispiel im Homeoffice, sind hier wichtige Bestandteile. Das familyNET-Prädikat „Familienbewusstes Unternehmen“ bestätigt unsere Anstrengungen.

In der KVJS-Fortbildung konnten wir 2023 über 10.400 Teilnahmen verzeichnen. Wie bewerten Sie diese Entwicklung?

Auf den Fortbildungsbereich des KVJS blicke ich mit einem gewissen Stolz. Es war ungeheuer wichtig, dass es uns damals gelungen ist, den

KVJS als Träger von Fortbildungsstätten im Gesetz zu verankern. Wir haben dann das ehemalige Erholungsheim für Kriegsoferfürsorge in Gültstein zu einem rentablen Fortbildungszentrum umstrukturiert. Das Bildungszentrum in Flehingen leistet unter anderem mit der 2023 neu eröffneten Pflegefachschule einen Beitrag zur Fachkräftegewinnung. Durch Corona haben wir die Fortbildung digitaler gemacht – eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten.

Apropos Digitalisierung: Das Thema ist allgegenwärtig. Wie muss sich der KVJS hier Ihrer Meinung nach aufstellen?

Grundsätzlich sehe ich die Digitalisierung gepaart mit einer Modernisierung des öffentlichen Dienstes und der Verwaltungen als Schlüssel zum Erfolg. Als ich 1991 beim LWV begann, hatten wir Terminals, an denen nur Eingaben möglich waren. 30 Jahre später geht es um passende Cloud-Lösungen oder den Einsatz von KI. Manchmal muss man loslassen können, um Neues zu beginnen – das klingt zunächst einfach, ist es aber nicht zwangsläufig. Daran kommen wir aber gerade im Bereich der Digitalisierung nicht vorbei.

Herr Steck, ab dem 1. August beginnen Sie einen neuen Lebensabschnitt – überwiegt das lachende oder das weinende Auge?

Zunächst bin ich froh, den KVJS in einer guten Finanzsituation an meine Nachfolge zu übergeben. Der Verband bewegt sich finanziell in ruhigem Fahrwasser. Vermissen werde ich die netten Begegnungen im Haus und mit den Kolleginnen und Kollegen in den Stadt- und Landkreisen. Gleichwohl freue ich mich nach 46 Dienstjahren auf mehr Zeit für Hobbys und die Dinge, die im Alltag manchmal zu kurz kamen. Wie man so schön sagt: Ich bin gesund und gehe, wenn es am schönsten ist.

Das Interview führte Sima Arman-Beck

Lebensqualität regt positives Verhalten an

Habila Ulm: LibW-Neubau auf dem Gelände des Tannenhofs

Das Tannenhof-Angebot „Langfristig intensiv betreutes Wohnen“ (LibW) hat der Öffentlichkeit sein zukünftiges neues Domizil vorgestellt. Das Angebot greift aktuelle Erkenntnisse auf und will den Klienten mehr Möglichkeiten der Selbstbestimmung bieten.



Ein besonderes Schlüsselerlebnis bei der Einweihung: (v.li.) Habila-Geschäftsführer Joachim Kiefer, Landrat Heiner Scheffold (Alb-Donau-Kreis), KVJS-Verbandsdirektorin Kristin Schwarz, Architekt Matthias Ott, Heimbeirat Marc Willing, Anett Wegener Leiterin BTQ Ulm und Alb-Donau, Fabienne Treccosti, Leiterin STP Ulm und Alb-Donau.

„Schwerwiegend herausfordernde Verhaltensweisen“: Mit diesem Fachterminus werden Menschen belegt, die aufgrund einer geistigen Behinderung oder psychischen Störung sich selbst oder andere gefährden oder mit denen sich eine soziale Interaktion nach den üblichen Regeln schwierig gestaltet. Der Habila-Tannenhof in Ulm verfügt über eine hohe Expertise darin, Assistenzangebote für diesen Personenkreis qualifiziert zu gestalten. Eines davon ist das „Langfristig intensiv betreute Wohnen“ (LibW).

Das LibW wird künftig am Tannenhof nach einem modernen Konzept gestaltet, in das Ergebnisse eines Forschungsprojekts des KVJS einfließen. Es orientiert sich an der wissenschaftlich fundierten Erkenntnis, dass sich herausforderndes Verhalten deutlich vermindern lässt, wenn die Lebensqualität der Betroffenen verbessert wird. Sie sollen – auch wenn sie autistisch veranlagt oder nicht verbal mitteilungs-fähig sind, eine verminderte Impulskontrolle aufweisen oder unter Ängsten leiden – ihren Tagesablauf, die Auswahl von Essen



Soll neue Heimat für 24 Menschen werden: das neue LibW-Wohnhaus des Tannenhofs. Fotos: © Stephan Gokeler

oder Kleidung und Beschäftigungsmöglichkeiten so selbstbestimmt wie möglich gestalten können.

Wohnungen für jeweils vier Klienten

Als Hülle für die Verwirklichung dieses Konzeptes wurde am Tannenhof ein neues LibW-Wohnhaus für 24 Personen gebaut, entworfen vom Architekten Matthias Ott aus Laichingen. Die Wohneinheiten sind für jeweils vier Klienten deutlich kleiner als die bisher zur Verfügung stehenden Wohneinheiten. Inhaltliche Kernelemente des Konzepts wie das Prinzip der persönlichen Assistenz, die Mitwirkung der Klienten bei der häuslichen Selbstversorgung und die Nutzung des Sozialraums können dort jetzt viel besser umgesetzt werden.

Am 8. Februar wurde der Neubau vor dem Einzug der ersten Bewohner der Öffentlichkeit vorgestellt. KVJS-Verbandsdirektorin Kristin Schwarz betonte in ihrem Grußwort, dass auch Menschen mit einem hohen Unterstützungsbedarf das Recht auf ein möglichst hohes Maß an Selbstbestimmung hätten. Das neue LibW am Tannenhof bietet den künftigen Nutzern nicht nur ein Dach über dem Kopf, sondern ein Zuhause. Sie erhielten dort die individuell notwendige Unterstützung mit hoher fachlicher Kompetenz und viel Empathie.

Auch Landrat Heiner Scheffold sprach dem LibW am Tannenhof einen „Vorbildcharakter“ zu. Mit solchen Projekten verwandelten sich Begriffe

wie Inklusion in Handlungen und tatsächliche Zustände. „Je individueller und personenzentrierter die Unterstützung ist, desto besser gelingt der Abbau von Hürden“, sagte Scheffold. Habila-Geschäftsführer Joachim Kiefer erläuterte, dass sich soziale Interaktion nach den üblichen Regeln für diesen Personenkreis manchmal schwieriger gestaltet als für andere. „Unser Anspruch ist es, mehr Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben zu schaffen, und zwar für alle Menschen mit einer Behinderung“, so Kiefer.

„Schutzengel-System“ im Einsatz

Zum Schutz der Bewohner bei gleichzeitiger Selbstbestimmung kommt in dem neuen Haus auch moderne Technik zum Einsatz. Fabienne Treccosti, Leiterin für Soziale Teilhabe und Pflege der Habila in Ulm und im Alb-Donau-Kreis, erläuterte das sogenannte „Schutzengel-System“. Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen können über einen Transponder individuell Bewegungsradien einschließlich der Berechtigung zur Öffnung bestimmter Türen zugewiesen werden, bei deren Überschreitung eine Meldung bei den anwesenden Mitarbeitern eingeht.

Zudem werde es Wohnungen geben, in denen Personen mit einem besonderen Ruhebedürfnis auch Rückzugsorte finden. Andere seien auf besonders aktive und lebhaftere Klienten ausgerichtet. Eine wichtige Rolle in der Tagesstrukturierung und zur Anregung der Sinne bilden außerdem Ziegen, Hühner, Kaninchen und neuerdings auch Schafe, die von den Bewohnern in den Außenanlagen versorgt werden.

Der KVJS als Bauherr hat gut 5,6 Millionen Euro in den Neubau des LibW-Wohngebäudes auf dem Gelände des Tannenhofs investiert. Weitere 1,8 Millionen Euro fließen in die Modernisierung von Räumen für Tagesstruktur-Angebote, die in einem nächsten Schritt angegangen wird. Gefördert wird das Vorhaben durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration des Landes Baden-Württemberg mit insgesamt 1,4 Millionen Euro.

Stephan Gokeler

#2 Aus der Reihe Betreuungsrecht

Rüstzeug für die Praxis

Vielfältiges Angebot an Workshops und Seminaren

Prall gefüllt ist es, das aktuelle Fortbildungsprogramm des KVJS zum Betreuungsrecht: Mit knapp 100 Angeboten ist die Palette breit, fast jeder zweite Kurs ist neu. Genau das zeichnet die Weiterbildung aus: Themen am Puls der Zeit und auf die Zielgruppen zugeschnitten.

„Unsere Angebote greifen die akuten Herausforderungen auf, die den Fachkräften unter den Nägeln brennen“, sagt Rouven Wrtal, Leiter der überörtlichen Betreuungsbehörde. „Jede Fortbildung, ob in Präsenz oder digital, vermittelt realistische Handlungsansätze und Impulse. Wichtig ist uns auch, die Vernetzung der Kollegen untereinander zu fördern.“

Für jeden was dabei

Im Betreuungsrecht muss man nicht lange nach brisanten Themen suchen: Die Reform ist in der Praxis angekommen. Bei der Umsetzung zeigt sich, wie komplex die Bewältigung ist. „Allein dadurch sind viele neue Aspekte ins Programm gekommen“, betont Wrtal, „etwa zu betreuungsvermeidenden anderen Hilfen oder zur Frage, wann das Befolgen von Wünschen zur Gefahr und zum Haftungsrisiko werden kann.“

Bewährt haben sich auch Kurse, die Hilfestellung im Umgang mit beteiligten Personen und Krankheiten geben: „Betreuer kommunizieren mit Betreuten und deren Angehörigen, mit Pflegeorganisationen, mit Banken. Sie sind oft auf deren Kooperation angewiesen, was sich manchmal als schwierig erweist“, sagt Wrtal. Die Teilnehmer lernen Methoden kennen, wie eine gute Zusammenarbeit dennoch gelingen kann.



Die KVJS-Fortbildung bietet Akteuren im Betreuungswesen viele Online- und Präsenzveranstaltungen. Foto: © iStock.com / anyaberkut

Nachwuchs fehlt

Das Fortbildungsangebot richtet sich an alle Akteure im Betreuungswesen, insbesondere an selbstständige Betreuer sowie an Leitungen und Mitarbeitende von Betreuungsvereinen und -behörden. Letztere treibt vor allem eine Sorge um: Der fehlende Nachwuchs. Zum einen scheidet ein Großteil der Betreuer aus Altersgründen fast zeitgleich aus. Neben der branchenübergreifenden Personalnot leidet zum anderen die Attraktivität des Berufes, etwa durch zunehmenden Verwaltungsaufwand, zusätzliche Aufgaben und erschwerte finanzielle Rahmenbedingungen. Strukturelle Probleme müssen von der Politik angegangen werden. Doch an welchen Stellschrauben können Behörden und Vereine drehen, um kurzfristig Lösungen zu finden?

Wie gelingt es, professionelle Betreuer zu gewinnen – mit möglichst geringem Zeit- und Kostenaufwand? Eine Kernfrage, mit der sich viele Fach- und Führungskräfte derzeit intensiv beschäftigen. Unterstützung bietet der KVJS –unter anderem mit Seminaren zu effizientem Personalmarketing. Die KVJS Aktuell-Redaktion hat einem Kurs über die Schulter geschaut.

#2

Aus der Reihe

Betreuungsrecht

Nicht mit der Gießkanne suchen

„Wir stehen kurz davor, aufgrund des Mangels an Betreuern selbst Betreuungen führen zu müssen. Dafür fehlt uns aber die Zeit und das Geld“, befürchten mehrere Teilnehmer. Doch wie und wo findet man geeignete Bewerber und kann sie für den Beruf begeistern? „Man muss Aufmerksamkeit erzeugen“, erklärt Referentin Katharina Nolden. Zur Verdeutlichung zieht sie das Bild eines Trichters heran: Sehr viele Kontaktpunkte müssen geschaffen werden, um am Ende eine einzige offene Stelle besetzen zu können. Spätestens in diesem Augenblick wird allen klar: Personalbeschaffung braucht Planung und ein Konzept, um erfolgreich zu sein. Auch bei der Stellenanzeige als klassisches Personalmarketinginstrument hilft es nicht, einfach drauflos zu schreiben. Um geeignete Bewerberinnen und Bewerber zu finden, müssen zunächst Fragen geklärt werden: Welche Personengruppen möchte ich ansprechen? Welche persönlichen und fachlichen Voraussetzungen sind für die Stelle erforderlich? Wo finde ich die Zielgruppe?

Transparenz und Authentizität

Eine Anzeige, betont Nolden, müsse die Tätigkeit des rechtlichen (selbstständigen) Berufsbetreuers realistisch darstellen und die Rahmenbedingungen transparent beschreiben. Außerdem stellt sie zwei Fragen in den Raum: „Was können Sie bieten, das Sie von der Konkurrenz abhebt? Mit welchen Benefits können Sie punkten?“ Die Teilnehmer diskutieren intensiv. Es wird deutlich, dass zu diesem Thema bereits viele Überlegungen angestellt und kreative Ansätze entwickelt wurden. Die meisten Ideen zielen darauf ab, die Beratungs- und Unterstützungsfunktion weiter auszubauen. Eine Betreuungsbehörde arbeitet beispielsweise an einem Mentorenprogramm, auch Austauschtreffen und Mailinglisten werden diskutiert. Die Idee, Interessierten durch Hospitation bei einem örtlichen Betreuungsverein einen Einblick in die Praxis zu geben, stößt auf großes Interesse. Darüber hinaus wird über finanzielle Unterstützung gesprochen, zum Beispiel ob und inwieweit Zuschüsse für Sachkundefortbildungen und Fortbildungen gewährt werden könnten. „Unser Vorteil ist, dass wir in der Branche einen guten Ruf haben und ein gutes Miteinander pflegen“, berichtet eine Teilnehmerin. Referentin Nolden macht deutlich: Angebote und Benefits wie diese gehören in die Stellenanzeige!

Wer Hilfe beim Verfassen kreativer und ansprechender Texte brauche, könne auf Künstliche Intelligenz zurückgreifen. Viele Teilnehmer sind begeistert von den Möglichkeiten, die beispielsweise Chatbots bieten. Doch welche Werbeflächen und -kanäle für die Anzeige nutzen? Insbesondere suchmaschinenoptimierte Jobbörsen, aber auch die eigene Karriereseite werden unter anderem für Hintergrundrecherchen genutzt, betont die Expertin. Je nach Zielgruppe eignen sich ebenso Plakate in Schaufenstern oder die Präsenz auf Veranstaltungen und an Hochschulen. Sind potenzielle Kandidaten erst einmal an der Angel, ist ein schneller und transparenter Recruitingprozess entscheidend. Dafür, so die Referentin, müssten interne Abläufe auf den Prüfstand.

Netzwerken

Kompaktkurse wie diese vermitteln Grundlagen, reichen jedoch nicht aus, um die individuelle Situation vor Ort in der Tiefe zu erörtern. „Es kommt immer wieder vor, dass sich aus den Schulungen heraus eigenständige, kreisübergreifende Arbeitsgruppen bilden“, berichtet Rouven Wrtal. „Das Netzwerken mit den Kollegen ist für viele ein zentraler Grund für die Teilnahme an einer Fortbildung. Umso mehr freut es uns, wenn im Nachgang Themen gemeinsam intensiver beleuchtet werden“. Das ist auch das Ergebnis des Personalmarketingseminars: Die Teilnehmer wollen sich regelmäßig dazu austauschen. Wrtal: „Für uns heißt das: ein wichtiges Ziel erreicht!“

Julia Holzwarth

Was macht der KVJS?

Der Mangel an Berufsbetreuern stellt eine große Herausforderung im Betreuungswesen dar. Diesen Aspekt greift der KVJS nicht nur in Fortbildungen auf, sondern bringt einschlägige Fachexpertise auch landes- und bundesweit ein. Unter seinem Vorsitz steht das Thema beispielsweise in der Landesarbeitsgemeinschaft für Betreuungsangelegenheiten ganz oben auf der Tagesordnung. Mehr zu den Aufgaben, Beratungs- und Unterstützungsleistungen sowie Fortbildungsangeboten der überörtlichen Betreuungsbehörde beim KVJS finden Sie hier: www.kvjs.de/soziales/rechtliche-betreuung



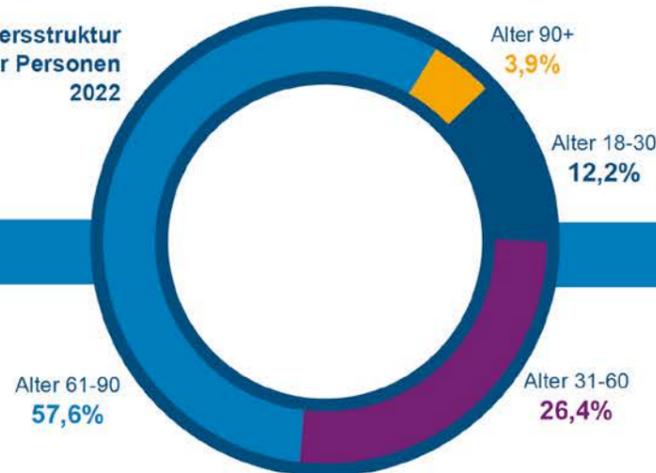
#2

Aus der Reihe

Betreuungsrecht

Einblicke in die aktuelle Betreuungsstatistik BW

Altersstruktur
betreuer Personen
2022



In Baden-Württemberg werden rund 120.000 Menschen rechtlich von Berufsbetreuerinnen und Berufsbetreuern oder Ehrenamtlichen unterstützt.

Um Entwicklungen im Land abzubilden, führt die Überörtliche Betreuungsbehörde des KVJS statistische Daten aus den Stadt- und Landkreisen zusammen. Besonders gut sind Trends anhand der Zahl neu eingerichteter Betreuungen erkennbar, da diese Daten nicht fortgeschrieben, sondern jährlich neu erfasst werden.

Die Grafik bezieht sich auf die Zahl der neu eingerichteten Betreuungen zwischen 2019 und 2022. (Rückläufige Zahlen aus 2022 dürften durch pandemiebedingte Maßnahmen, z.B. Kontaktreduzierungen, begründet sein.)

Die am häufigsten gerichtlich angeordneten
Aufgabenbereiche 2022



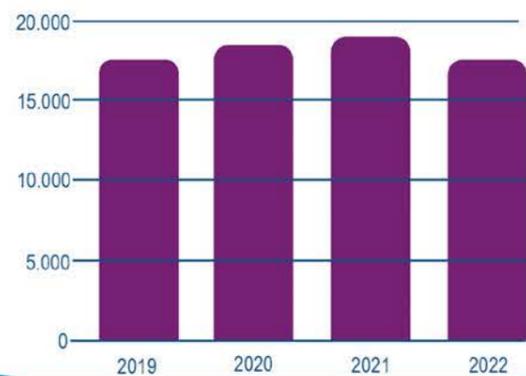
Die häufigsten überwiegenden Gründe
für die Einrichtung einer Betreuung 2022



55% Anteil männlicher
betreuer Personen 2022

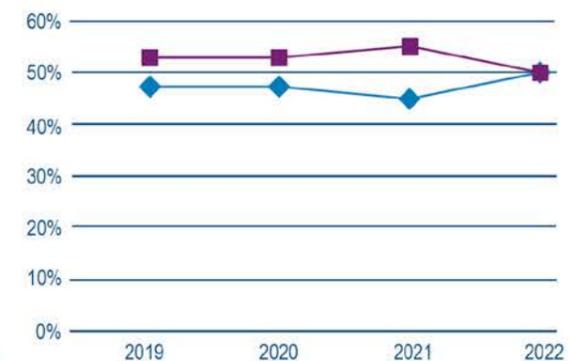
45% Anteil weiblicher
betreuer Personen 2022

Neu eingerichtete Betreuungen



0,5%
Alle
Angelegenheiten
(seit 2023 nicht
mehr zulässig)

Ehrenamtlich geführte Betreuungen
Beruflich geführte Betreuungen inkl. Vereins- & Behördenbetreuungen



Grafik: © Remo Pohl

Lebensqualität und Teilhabe für alle Menschen

Ausbau von Angeboten der Eingliederungshilfe durch investive Förderung

Der Bedarf an gemeindenahen Wohn- und Beschäftigungsangeboten für Menschen mit Behinderung ist zum Teil groß. Um den Ausbau voranzutreiben, fördert der KVJS im Auftrag des Sozialministeriums vorrangig innovative und dezentrale Projekte. Auch Modernisierungen an bestehenden Objekten werden gefördert.

Übergeordnetes Ziel der Investitionen ist die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse: Menschen mit Behinderung sollen ihr Wunsch- und Wahlrecht nach der UN-Behindertenrechtskonvention und dem Bundesteilhabegesetz flächendeckend ausüben können. Im Mittelpunkt stehen Wohn- und Beschäftigungsangebote mitten in den Städten und Gemeinden. Teilhabechancen und Inklusion sollen so als selbstverständliche Bestandteile der Quartiersarbeit vor Ort weiterentwickelt werden.

Breit gestreute Förderung

Ein wichtiges Steuerungsinstrument auf diesem Weg ist die investive Förderung. Das Land Baden-Württemberg und die Kommunen über den KVJS stellen dafür erhebliche Mittel zur Verfügung. Allein im Jahr 2023 profitierten 16 Projekte der Eingliederungshilfe in 11 Kreisen von diesem

Programm. Sie wurden insgesamt mit knapp 3,5 Millionen Euro aus KVJS-Haushaltsmitteln, Mitteln aus der Ausgleichsabgabe in Höhe von 10 Millionen Euro und mehr als 8 Millionen Euro Landesmitteln gefördert.

Die bereits realisierten Projekte sind vielfältig: Vom inklusiven Bürgertreff in einer Wohnanlage für Menschen mit und ohne Handicap, über eine Seniorenbetreuung, die Medienkompetenz vermittelt, bis hin zum von Werkstattmitarbeitern betriebenen Café als Insel der Begegnung, bieten die innovativen Ansätze ein breites Spektrum. Viele gute Beispiele finden Sie in der Online-Broschüre des KVJS „Innovation & Inklusion“, abrufbar unter app.kvjs.de.

Partner und Berater

Der KVJS setzt im Auftrag des Sozialministeriums weitere verschiedene Förderprogramme in den Bereichen Eingliederungshilfe, Wohnungsnotfallhilfe und Pflege um. Der Verband arbeitet bei der Abwicklung der Förderprogramme eng mit den Antragstellenden sowie den Stadt- und Landkreisen zusammen und ist für das gesamte Verfahren verantwortlich: Er berät im Vorfeld einer Antragstellung fachlich konzeptionell, baulich sowie wirtschaftlich und begleitet den gesamten Prozess – von der Projektidee bis hin zur Prüfung des Verwendungsnachweises.

Allgemeine Informationen und Aktuelles zu den Förderrunden 2024 finden Sie hier:

www.kvjs.de/soziales/foerderprogramme

Julia Holzwarth



Investive Förderung in der Eingliederungshilfe unterstützt eine Vielzahl innovativer Projekte. Foto: © iStock.com / AlexSava

Kristin Schwarz begrüßt BAGüS-Ausschuss „Altenhilfe und Pflege“ in Stuttgart



Hintere Reihe v.l.n.r.: Jörg E. Rabe (Beauftragter der BAGüS), Ralf Döbler (Bundesministerium für Gesundheit) und der stv. Vorsitzende Fachausschuss III, Jakob Wild, (Bayerischer Bezirkstag). Vordere Reihe v.l.n.r.: Daniel Henninger (KVJS), Jasmin Braun (Bundesministerium für Arbeit und Soziales), Kristin Schwarz (Verbandsdirektorin KVJS) und die Vorsitzende Fachausschuss III, Gabriele von Berg, (Landschaftsverband Rheinland). Foto: © KVJS

Besuch aus der Hauptstadt und dem gesamten Bundesgebiet erwartete der KVJS im März: Kristin Schwarz freute sich, den BAGüS-Fachausschuss III „Altenhilfe und Pflege“ nach sieben Jahren wieder in Stuttgart zu begrüßen. Die KVJS-Verbandsdirektorin hob den besonderen Stellenwert der Arbeitsgemeinschaft bei der Weiterentwicklung einheitlicher, praktikabler und lebensnaher Regelungen hervor. Regelmäßig tauscht sich die BAGüS als Zusammenschluss der 23 überörtlichen Träger der Sozialhilfe und Eingliederungshilfe zu fachlichen und fiskalischen Fragen aus.

Zu den Top-Themen dieses Treffens gehörten die Auswirkungen der Pflegereform, wie etwa durch die bundesweit eingeführten Personalanhaltswerte in Pflegeheimen. Auch die Rahmenvertrags-

verhandlungen sowie steigende Personal-, Sach- und Energiekosten standen im Fokus.

Die Mitglieder bearbeiteten darüber hinaus eine breitgefächerte Tagesordnung rund um die Themen Hilfe zur Pflege und Altenhilfe. Es wurde deutlich, dass alle Länder mit ähnlichen Herausforderungen und Problemlagen kämpfen.

Für eine nationale Perspektive sorgten der Referatsleiter Ralf Döbler vom Bundesgesundheitsministerium und Jasmin Braun vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Im Anschluss der Sitzung lud der KVJS als Gastgeber zu einer Stadtführung der besonderen Art ein: Menschen mit Behinderung präsentierten ihre Heimat Stuttgart aus ganz persönlichen Blickwinkeln.

Julia Holzwarth

Strukturelle Vielfalt in der Wohnberatung

Wissenschaftliche Untersuchung liefert wertvolle Erkenntnisse

Dass Baden-Württembergs Wohnberatungsstellen unterschiedlich strukturiert und ausgestattet sind, ist kein Geheimnis. Dennoch fehlten bisher wissenschaftliche Fakten, die ein genaueres Bild der Heterogenität zeichnen. Die Ergebnisse einer Umfrage liefern nun wertvolle Erkenntnisse.



Exklusiver Einblick: Marcel Ruß stellt Lina Wallus, stellvertretende Leitung Referat Pflege und Alter, und deren Kollegin Barbara Steiner-Karatas (rechts im Bild) die Ergebnisse vor.
Foto: © Lina Wallus

Marcel Ruß, Mitarbeiter im Technischen Beratungsdienst des KVJS und Masterstudent, wandte sich im April 2023 an alle Wohnberatungsstellen in Baden-Württemberg. 36 von 62 Stellen beteiligten sich an der Befragung. Die Ergebnisse der nicht repräsentativen Studie liefern zentrale Einblicke in strukturelle Rahmenbedingungen und geben

Foto: © AdobeStock – Soho A studio

Aufschluss über Aktivitäten und interne Prozesse. Die Ergebnisse, so Ruß, sollen dazu beitragen, die Wohnberatung im Land weiterzuentwickeln: „Die Verbreitung und Arbeitsweise der Wohnberatungsstellen ist bisher kaum statistisch erfasst und qualitativ standardisiert. Dies ist aber eine zentrale Grundlage – zum einen, um Förder- und Entwicklungspotentiale zu identifizieren, zum anderen, um die Qualität und Wirkung von Wohnberatung differenziert beurteilen zu können“.

Keine ist wie die andere

Die Studie bestätigt eine ausgeprägte Vielfalt. Kommunen (33 %), Pflegestützpunkte (25 %) und eingetragene Vereine (25 %) als Träger sind am häufigsten in der Stichprobe vertreten. Darüber hinaus haben fünf freie Träger und eine unabhängige Beratungsstelle teilgenommen. Nur zwei der Angebote, beide in kommunaler Trägerschaft, verfügen über eine Musterwohnung oder einen Ausstellungsraum.

Auch die personelle Besetzung ist unterschiedlich: Jeweils knapp ein Viertel der Wohnberatungsstellen ist entweder rein hauptamtlich oder ehrenamtlich besetzt. Etwa die Hälfte hat eine gemischte

Personalstruktur. In diesem Fall sind im Durchschnitt ein Hauptamtlicher mit einem Stellenanteil von 20 Prozent und fünf Ehrenamtliche tätig. Ruß hat auch einen Blick auf die materielle Ausstattung geworfen. Es zeigt sich, dass nur jede zweite befragte Stelle über einen Raum für Beratungsgespräche verfügt. Weniger als die Hälfte ist mit PC und Internet ausgestattet.

Ein Angebot, das ankommt

Zur Anzahl der im Jahr 2022 durchgeführten Beratungen machten 27 der befragten Stellen Angaben. Diese führten insgesamt 2.068 Wohnberatungen durch, davon 703 vor Ort. Und wer nutzt die Angebote? Am häufigsten suchen Menschen mit Pflegebedarf oder Behinderung Rat. Auch präventive Beratungen spielen eine wesentliche Rolle. Gelegentlich nehmen freie Träger das Angebot in Anspruch, vereinzelt erhalten die Beratungsstellen Anfragen von Interessenten außerhalb des Stadt- oder Landkreises. Reha-Träger ziehen Wohnberatung im Rahmen der Bedarfsermittlung nie oder sehr selten hinzu. Die Erhebung gibt darüber hinaus Auskunft über die Vernetzung untereinander, die interne Dokumentations- und Evaluationspraxis sowie Formen der Öffentlichkeitsarbeit. Letztere ist ein Thema, das gegenwärtig von besonderem Interesse ist. Dies wird aus den Rückmeldungen der Befragten auf die Frage deutlich, in welchen Bereichen Verbesserungen notwendig seien. Die am häufigsten genannten Stichworte sind in einer Wortwolke zusammengefasst (siehe Abbildung).



Abbildung: © Marcel Ruß

Julia Holzwarth

Die Studie leistet einen wertvollen Beitrag zum Anliegen des KVJS, die Wohnberatung in Baden-Württemberg zu fördern und fachlich voranzutreiben. Sie gibt Aufschluss darüber, wo Unterstützung benötigt wird und an welchen Stellen der Austausch intensiviert werden muss. So hat der KVJS die Ergebnisse direkt für sein Netzwerktreffen „Forum Wohnberatung“ im April 2024 genutzt und das Thema Öffentlichkeitsarbeit in den Mittelpunkt gestellt.

Hintergrund:

Das Forschungsprojekt führte Marcel Ruß im Rahmen seines Masterstudiums Sozialplanung am Center of Advanced Studies der Dualen Hochschule Baden-Württemberg durch. Der KVJS fungierte dabei als sein Praxispartner. Die Online-Umfrage entwickelte er in Zusammenarbeit mit dem Referat Pflege und Alter.

Mehr Informationen zum KVJS als dualer Partner der DHBW finden Sie hier: www.kvjs.de/karriere



Forschungsprojekt: Kollege Schlauer Klaus

Inklusionsfirma testet System für Werkassistenz und Qualitätskontrolle

Kompetenzerwerb, Inklusion und Re-Integration durch assistierte Arbeit – kurz: KomIn2Assist – heißt das Forschungsprojekt der Hochschule Offenburg. Das Inklusionsunternehmen Femos ist Koordinator und Praxispartner.

Das Testlabor liegt gleich hinter der IT-Abteilung von Femos in Gärtringen: Ein großer, höhenverstellbarer Arbeitstisch, von oben beleuchtet durch eine fast tischgroße Lampe in deren Mitte eine Kamera eingelassen ist. Diese Kamera hat alles im Blick, was auf dem Arbeitstisch vor sich geht.

Das System trägt den freundlichen Namen „Schlauer Klaus“. Es wurde entwickelt von der Firma Optimum in Karlsruhe, Spezialist für kamerabasierte Assistenzsysteme und Prozessautomatisierung. Der Montagetisch und die zugehörige Software sollen für Personen mit Einschränkungen ein selbstbestimmtes Arbeiten möglich machen: Das System gibt Tipps und beantwortet Fragen – auch in verschiedenen Sprachen. Dazu muss zuvor die passende Montageanleitung, genannt „Rezept“, eingespeist werden.

Montage nach Rezept

Emanuel Stingel, der das Forschungsprojekt bei der Femos koordiniert, dreht ein eigenwilliges Gefährt aus Legosteinen in den Händen. „Das ist

unser H-Auto“, sagt er. Eigentlich sagt er Hauto. Es wurde von der Offenburger Hochschule entwickelt. Mit seinen vielen unterschiedlichen Bestandteilen dient das H-Auto als Muster für einen Montageablauf.

Stingel zerlegt das Mustergefährt in seine Einzelteile. Auf einem der beiden Bildschirme vor ihm erscheint das Bild des ersten Bauteils. Stingel legt es in einen Lichtkreis auf der Arbeitsplatte, direkt unter der Kamera. Prompt erscheint das zweite Bauteil auf dem Bildschirm samt richtiger Montageposition. Dank dieser kamerakontrollierten Schritt-für-Schritt-Anleitung setzt er in kurzer Zeit das komplette H-Auto wieder zusammen.

Maus Gregor, der „empathic Agent“

Derzeit gibt es neun Rezepte für echte Produkte, etwa für Leiterplattenbestückung oder die Montage eines Temperatursensors. Nun steht die nächste Entwicklungsstufe an. „Der Schlaue Klaus macht reine Qualitätskontrolle“, erklärt Projektkoordinator Stingel. „Wir fügen Gamification hinzu.“



Wie die Steine (li.) zu einem H-Auto (re.) montiert werden müssen, weiß der Schlaue Klaus.



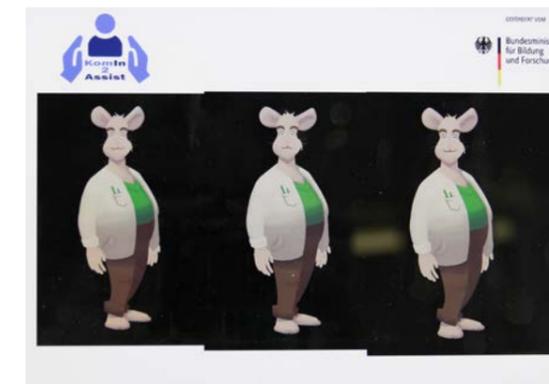
Damit bekommen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter positives Feedback und können zum Beispiel Punkte für gute Arbeit sammeln.

Zur weiteren Unterstützung wird bald ein „empathic Agent“, ein einfühlsamer Helfer zur Verfügung stehen. Er kommt auf dem Bildschirm in Gestalt einer gemütlichen Comic-Maus daher, die den Namen Gregor trägt. Gregor ist Coach und Wissensvermittler. „Wenn ich den Gregor frage, muss ich nicht die Fachkraft fragen“, beschreibt Emanuel Stingel die Idee dahinter. „Den Aufwand der Fachkraft kann ich dadurch deutlich reduzieren. Durch die Assistenz, gekoppelt mit der Qualitätsprüfung und Anleitung, erhalten Menschen mit Behinderung Zugang zu neuen Arbeitsmöglichkeiten.“ Zudem bedeute es mehr Autonomie, Selbstvertrauen und Kompetenzzuwachs für die Anwender.

Regelmäßige Evaluation

Anwender sind die 78 Projektteilnehmerinnen und -teilnehmer der drei Praxispartner. 35 von ihnen arbeiten bei der Femos. Sie werden regelmäßig nach ihren Erfahrungen und Empfehlungen befragt. Dass Helfer Gregor als Mäuserich erscheint, geht zum Beispiel auf eine Befragung der Hochschule Offenburg zurück, in der verschiedene Comic-Figuren vorgestellt wurden. Die Maus machte das Rennen.

Das Forschungsprojekt läuft bis Ende 2025. Bis dahin soll auch eine KI des Partners Optimum das so-



Rat und Hilfe kommt von Mäuserich Gregor.



Projektkoordinator Emanuel Stingel mit dem H-Auto, dem Schlaue Klaus (auf dem Bildschirm) und Helfer Gregor, der Comic-Maus. Fotos: © Monika Kleusch

nannte Einteachen oder Einlernen unterstützen. Am Ende des Projekts soll ein neuartiges Assistenzsystem stehen, das den Arbeitsprozess an die individuellen Nutzer anpasst. Für Menschen mit Behinderungen bedeutet das in Zukunft die Möglichkeit für ein selbstbestimmtes und qualitativvolles Arbeiten.

Monika Kleusch

KomIn2Assist – die Akteure

Als Anwenderunternehmen testen die Lebenswerkstatt e.V., Heilbronn, die Intra-Mechanik gGmbH, Dornstetten und die Femos gGmbH in Gärtringen das Assistenzsystem „Schlauer Klaus“. Der Schlaue Klaus ist ein Produkt des Partners Optimum Datamanagement Solutions aus Karlsruhe. Wissenschaftlich begleitet wird die Studie durch das Affective & Cognitive Institute der Hochschule Offenburg.

Das Projekt wird unterstützt durch die Fördermaßnahme „Zukunft der Wertschöpfung – Forschung zur Produktion, Dienstleistung und Arbeit“ im Programm „Innovative Arbeitswelten im Mittelstand“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und des Europäischen Sozialfonds. Laufzeit: 01.01.2023 – 31.12.2025

www.komin2assist.de/

Umsetzung SGB IX

Wir für Sie: Unterstützungs- und Beratungsangebote des Dezernats 3 – Integrationsamt für einen inklusiven Arbeitsmarkt

Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen

Allgemeiner Arbeitsmarkt:

- Finanzielle Leistungen im Rahmen der begleitenden Hilfe im Arbeitsleben
 - Prävention zur Sicherung von Arbeitsverhältnissen schwerbehinderter Menschen
 - Durchführung des besonderen Kündigungsschutzes nach dem SGB IX
- www.kvjs.de/behinderung-und-beruf

Inklusionsbetriebe:

Förderung und Beratung der rund 90 Inklusionsfirmen www.kvjs.de/behinderung-und-beruf/inklusionsbetriebe

Werkstätten für Menschen mit Behinderungen:

Jährliche Verhandlung der Kostensätze

Förderprogramme zur Stabilisierung inklusiver Arbeitsverhältnisse:

Arbeit Inklusiv – Teil 1 und 2 (Budget für Arbeit)

www.kvjs.de/behinderung-und-beruf/foerderung-der-beruflichen-inklusion/foerderprogramme

Beratung für Arbeitgeber sowie Arbeitnehmer und Selbstständige mit Behinderungen

- durch die Fachberater des KVJS-Integrationsamts
- durch den Technischen Beratungsdienst
- durch die Integrationsfachdienste – IFD (im Auftrag des KVJS)
- durch die Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber – EAA (im Auftrag des KVJS)
- besondere Beratungsangebote für sinnesbehinderte Menschen

www.kvjs.de/behinderung-und-beruf/

Information, Fortbildung, Forschung

Umfangreiches Fortbildungsangebot in eigenen Tagungshäusern und online

www.kvjs.de/fortbildung/startseite-fortbildung

Neu

BIH Akademie – neue digitale Lernwelt

www.bih.de/integrationsaemter/akademie/flexibel-lernen/

Vielfältiges Informationsmaterial

www.kvjs.de/behinderung-und-beruf/aktuelles-newsletter-publikationen-service/publikationen

Digitalzeitschrift ZB Baden-Württemberg zu aktuellen Themen vier Mal jährlich

www.bih.de/integrationsaemter/zb-magazin/ausgabe-01-2024-bw/ueberblick/

Präsentation der Leistungen des KVJS-Integrationsamts auf Messen wie der REHAB

www.rehab-karlsruhe.com/de/

Forschungsprojekte zu Themen des Integrationsamts

- Evaluation der Wirkungen der Fördergrundsätze Arbeit Inklusiv
- Mehrdimensionale Erfassung der Unternehmensleistung von Integrationsfirmen in Baden-Württemberg
- Regionale Arbeitsmarktforschung und -planung zur Integration von Menschen mit wesentlicher Behinderung

www.kvjs.de/forschung/kvjs-forschung

Landes- und bundesweite Netzwerkarbeit sowie konzeptionelle Mitarbeit in den Ausschüssen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen – BIH

www.bih.de/

Finanzierung durch die Ausgleichsabgabe

Das KVJS-Integrationsamt erhebt die Ausgleichsabgabe von allen Arbeitgebern, die weniger Menschen mit Behinderungen beschäftigen, als gesetzlich vorschrieben. Die Mittel der Ausgleichsabgabe werden zweckgebunden für die Leistungen des Integrationsamts eingesetzt.

Die Angebote des KVJS werden stetig weiterentwickelt. Infos und Kontaktdaten unter www.kvjs.de/behinderung-und-beruf





Dreamteam: Vanessa und Sarah. Foto: © Screenshot Film Aktion Mensch

Vanessa Mai zu Besuch im iD-Markt Waiblingen

Der iD-Markt Waiblingen-Beinstein bekam prominenten Besuch: Sängerin Vanessa Mai ließ sich von Mitarbeiterin Sarah ihren Job im inklusiven Drogeriemarkt erklären und was dieser Job für die junge Frau bedeutet. Die Aktion Mensch, wie das KVJS-Integrationsamt Förderer des iD-Drogerie-

markts, machte einen sehenswerten kleinen Film dazu: Vanessa Mai räumt Regale ein?

Praktikum im Drogeriemarkt
#VielVor (youtube.com)

www.youtube.com/watch?v=SQZt2vUO65U

Monika Kleusch

Green City Hotel Vauban: 10 Jahre inklusiv und ökologisch

GREEN
CITY
HOTEL
VAUBAN



Wird immer grüner: Die Fassade des Hotels.
Foto: © Green City Hotel Vauban

Wer im Green City Hotel Vauban übernachtet, entscheidet sich für ein besonderes Hotel mit ökologischer, nachhaltiger und sozialer Ausrichtung. Das Freiburger Drei-Sterne-Superior-Hotel Garni wird als Inklusionsunternehmen geführt. 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umsorgen Übernachtungs- wie Tagungsgäste. Die Hälfte von ihnen hat einen Schwerbehindertenausweis.

Als Inklusionsunternehmen wird das Green City Hotel seit Beginn durch das KVJS-Integrationsamt gefördert. Nun konnte das Haus mit den modernen hellen Zimmern und der begrünten Fassade sein zehnjähriges Bestehen feiern.

<https://green-city-hotel-vauban.de/de/>

Monika Kleusch

Mit Mut und Innovation den Wandel gestalten

Baden-Württembergs Jugendamtsleitungen treffen sich zur Jahrestagung

„Wir wollen gemeinsam mit Ihnen an innovativen, kreativen Lösungen arbeiten und Wege gestalten, um die Zukunft der Kinder und Jugendlichen in Baden-Württemberg gestärkt in die Hand zu nehmen“, so KVJS-Verbandsdirektorin Kristin Schwarz auf der Jahrestagung der Jugendamtsleitungen. Damit war die Kursrichtung gesetzt.

Um effektive Lösungen zu entwickeln, sei mehr denn je eine koordinierte Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren und politischen Ebenen erforderlich; und nicht zuletzt auch Tatkraft und Mut, Innovationen und Veränderungen anzustoßen. Die Begrüßung von Verbandsdirektorin Kristin Schwarz war Ermutigung und Ansporn zugleich. Schließlich sieht sich die Kinder- und Jugendhilfe einer Fülle an Herausforderungen gegenüber, seien es Personal- und Zeitmangel oder bürokratische Hürden.

Dabei komme der Kinder- und Jugendhilfe eine maßgebliche Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft zu, wie Gerald Häcker, Leiter des KVJS-Dezernats Jugend – Landesjugendamt, betonte: Angesichts der begrenzten Ressourcen gehe es nicht um „Goldstandards“, sondern um eine gute, solide Qualität mit dem Ziel „der Förderung und Entwicklung der jungen Menschen zu selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gesellschaftsfähigen Persönlichkeiten.“

Ganztage 2.0 im Blick

Im Mittelpunkt der zweitägigen Veranstaltung im KVJS-Tagungszentrum Gütstein stand eine Vielzahl an Themen, darunter aktuelle Entwicklungen des KVJS-Landesjugendamtes, der Jugendämter und der kommunalen Landesverbände. Auch auf der Agenda: die Lage der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA) sowie die Auswirkungen des neuen Erprobungsparagrafen für Kinder-tageseinrichtungen.



Die Kinder- und Jugendhilfe hat auch zukünftig eine Vielzahl an Herausforderungen zu meistern.
Foto: © Lomb - stock.adobe.com

In Bezug auf die Kinderbetreuung dominierte den zweiten Tag das Thema Ganztage. Mit Seniorprofessor Thomas Rauschenbach, Erziehungswissenschaftler der Technischen Universität Dortmund und ehemaliger Direktor des Deutschen Jugendinstituts, richtete sich das gemeinsame Augenmerk auf den „Ganztage 2.0“ – und damit auf zentrale Eckwerte für die Gestaltung eines neuen Ortes des Aufwachsens für Kinder. Daran anschließend standen das Ganztagesförderungsgesetz (GaFöG) sowie die Umsetzung der nunmehr gesetzlich festgelegten „Statistischen Meldepflicht Schule“ auf der Tagesordnung.

Mirjam Ruckh / Ulrike von Siegroth

LJHA: Verantwortungsgemeinschaft mehr denn je gefragt

KVJS-Landesjugendhilfeausschuss (LJHA) tagt zu aktuellen Aufgaben und Zielen

Eine gut gefüllte Agenda bestimmte den persönlichen Austausch in der ersten Gremiumssitzung des Jahres. Die Mitglieder erörterten vielfältige Themen – darunter die Begleitung von Gesetzesvorhaben sowie die gegenwärtige Situation unbegleiteter minderjähriger Ausländer (UMA).



An der Seite von KVJS-Verbandsdirektorin Kristin Schwarz und Dezernent Gerald Hicker (li.) führte Landrat Gerhard Bauer (re.) durch die LJHA-Sitzung. Foto: © Larissa Straub

Die im LJHA vorgestellten Arbeitsschwerpunkte für das laufende Jahr sind zahlreich und herausfordernd zugleich. Zu diesen zählt unter anderem die fachliche Begleitung beziehungsweise die Umsetzung von Gesetzesvorhaben durch das KVJS-Landesjugendamt – darunter die Reform des Kinder- und Jugendhilfegesetzes für Baden-Württemberg sowie die SGB VIII-Reform (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz).

Neue Lösungsansätze entwickeln

Daneben richtete das Gremium sein Augenmerk auf die stationäre und teilstationäre Jugendhilfe: Mangel an Personal, Auswirkungen von Corona,

Erfüllung von Rechtsansprüchen – die Liste an Herausforderungen ist lang. Angesichts dessen fand das unter Federführung des scheidenden stellvertretenden Leiters des Landesjugendamts, Dr. Jürgen Strohmaier, eingebrachte Impulspapier großen Anklang. Es thematisiert einen Paradigmenwechsel im Handlungsfeld Stationäre Erziehungshilfen. Demnach gelte es, die Strukturbedingungen auf den Prüfstand zu stellen und gemeinsam in die Diskussion zu gehen. Dies bedarf Offenheit notwendigen Veränderungen gegenüber – als Chance auf Weiterentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe. Praktische Lösungen verlangen dabei von allen Akteuren, das Machbare in den Blick zu nehmen, die Qualität sicherzustellen und Synergien klug zu nutzen.

UMA-Regelungen verlängert

Darüber hinaus befasste sich der Ausschuss mit der aktuellen Situation unbegleiteter minderjähriger Ausländer (UMA), deren Verteilmanagement (Terminkoordination und Organisation des Fahrdienstes) der KVJS bereits zu Beginn des Jahres übernommen hatte. Nun hat – auf Vorschlag des Verbands – das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg das bereits bekannte Eckpunktepapier zu Unterbringungsformen bis zum 31. Dezember 2025 verlängert. Dies gilt ebenso für die Regelungen der Anerkennung von Notfallunterbringungen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit der UMA und deren Kostenerstattungsfähigkeit. Auch diese sind nun bis Ende nächsten Jahres gültig.

Die Eignung von Kindertagespflegepersonen und die Erlaubnis zur Kindertagespflege stand als Tagesordnungspunkt ebenfalls auf der Agenda. Die überarbeitete gleichnamige Broschüre mit fachlichen Hinweisen für die Jugendämter der Stadt- und Landkreise wurde in der Sitzung vorgestellt und einstimmig zur Anwendung empfohlen. Die praxisrelevante Arbeitshilfe ist online abrufbar unter: www.kvjs.de/der-kvjs/service/publikationen-videos

Ulrike von Siegroth

Erprobungsparagraf: Digitaler Wissenstransfer

Mit Blick auf die angespannte Lage in den Kitas soll der neue Erprobungsparagraf größere Gestaltungsspielräume für Einrichtungen ermöglichen. Fragen, die sich hinsichtlich Antragsstellung, möglicher landesgesetzlicher Abweichungen und weiterhin geltender Vorgaben des SGB VIII ergeben, beantwortet der KVJS im Rahmen eines digitalen Wissenstransfers. Die Online-Veranstaltung für Bereichs-, Fach- und Abteilungsleitungen von Kindertageseinrichtungen, Kita-Beauftragte, Träger sowie Trägervertretungen findet in identischer Form an mehreren Terminen statt. Bei Bedarf sollen weitere folgen.

Datum und Info:

12. Juli 2024

www.kvjs.de/fortbildung/detail/kurs/24-4-TK5-4x/info



21. Oktober 2024

www.kvjs.de/fortbildung/detail/kurs/24-4-TK5-2x/info



Kinder- und Jugendhilfe: Gute Lösungen müssen her

Welche Rolle spielt Künstliche Intelligenz für die Soziale Arbeit? Wie kann eine Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen der (teil-)stationären Kinder- und Jugendhilfe aussehen? Zu diesen und weiteren Fragestellungen tauschten sich die Träger und Leitungen von Einrichtungen und sonstigen betreuten Wohnformen der Hilfe zur Erziehung aus – anlässlich der Jahrestagung am 14. und 15. März 2024 in der Evangelischen Akademie Bad Boll.

Die zweitägige Veranstaltung warf empirische Schlaglichter auf aktuelle Entwicklungen in der stationären Erziehungshilfe Baden-Württembergs und verdeutlichte einmal mehr die drängenden Herausforderungen. Dazu zählen ausgeschöpfte Kapazitäten und fehlende Fachkräfte. Da diese Faktoren auch zukünftig eine Rolle spielen, sind alle Akteure gefordert, gute und tragfähige Lösungen zu entwickeln.

Ulrike von Siegroth

„Die distanzierte Mitte“: Neue Ergebnisse der Langzeitstudie

Bereits seit 2006 veröffentlicht die Friedrich-Ebert-Stiftung alle zwei Jahre die neuesten Ergebnisse ihrer bundesweiten Langzeitstudie zum Thema „Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland“. In Baden-Württemberg hat dies zuletzt das Fritz-Erler-Forum organisiert – als Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung (www.fes.de). Die Veranstaltung fand in Kooperation mit dem KVJS statt.

Unter dem Titel „Die distanzierte Mitte“ wurden im Rahmen der Aktionswoche gegen Rassismus jüngst die aktuellen Resultate vorgestellt. So referierte unter anderem Beate Küpper, Professorin für Soziale Arbeit in Gruppen und Konfliktsituationen an der Hochschule Niederrhein. Seit 2014 ist sie Autorin der „Mitte-Studien“. Professorin Küpper beleuchtete diverse Faktoren, wie Krisen oder



„Die distanzierte Mitte“: Prof. Dr. Beate Küpper präsentierte die neuesten Studienergebnisse. Foto: © Friedrich-Ebert-Stiftung

Kriegsfolgen und ihren Einfluss auf die Einstellung zur Demokratie.

Das Fritz-Erler-Forum und der KVJS sind Mitglieder im Landesnetzwerk für Menschenrechte und Demokratieentwicklung – gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit.

Alina Beck / Ulrike von Siegroth

Dr. Jürgen Strohmaier in Ruhestand verabschiedet



Dr. Strohmaier bei seinem Vortrag im Rahmen des LJHA. Foto: © Larissa Straub

Insgesamt 16 Jahre war der Leiter des Referats Hilfe zur Erziehung für den KVJS tätig. Ab Februar 2021 war er zudem stellvertretender Dezernatsleiter des Landesjugendamtes. Ende Mai verlässt er nun den KVJS.

Als studierter und promovierter Soziologe und Erziehungswissenschaftler brachte Dr. Strohmaier seine Expertise

und seine sozialwissenschaftlichen Kenntnisse im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe auf vielfältige Weise ein.

So war er an der Erarbeitung von Handreichungen zum Ausbau und zur Verbesserung des strukturellen Kinderschutzes in der Kinder- und Jugendhilfe beteiligt. Für den ausgewiesenen Experten auf seinem Gebiet war es stets maßgebend, Kinder, Jugendliche und deren Familien im Blick zu behalten – beispielsweise bei der Erarbeitung von Rahmenregelungen zur Unterbringung und Begleitung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern oder bei den Auswirkungen der Corona-Pandemie. Das von Dr. Strohmaier verfasste Impulspapier zum Paradigmenwechsel in der Jugendhilfe wurde unlängst im Landesjugendhilfeausschuss vorgestellt und diskutiert. Der Verbandsvorsitzende Gerhard Bauer würdigte das langjährige Wirken des stellvertretenden Dezernenten im Rahmen der Sitzung und verabschiedete ihn anschließend offiziell in den Ruhestand.

Sima Arman-Beck



Der Verbandsvorsitzende Gerhard Bauer begrüßte 270 Interessierte in der Stuttgarter Liederhalle.

Erfolgsmodell Arbeit Inklusiv: Großer Rückhalt

KVJS-Förderprogramm Arbeit Inklusiv wissenschaftlich bestätigt

Mehr als 6.000 reguläre Jobs für Menschen mit Behinderung, Arbeitgeber, die mit überwältigender Mehrheit weitere Mitarbeiter mit Behinderung einstellen würden, zufriedene, selbstbewusste Beschäftigte, die sich mit ihrem Betrieb identifizieren: Das ist die vorläufige wissenschaftlich gesicherte Bilanz des Förderprogramms Arbeit Inklusiv.

Jona Schmid hat große Pläne: Der junge Mann mit Lernschwierigkeiten arbeitet als Alltagsbegleiter für Senioren im Samariterstift Dachtel. Bei Bewohnern wie Kollegen kommt er mit seinem freundlichen, zugewandten Naturell gut an. Jetzt will er seine Halbtagsstelle aufstocken und nach einem Wohntraining näher an seinen Arbeitsplatz ziehen. Selbstständig werden. Bei seinem Chef rennt er damit offene Türen ein.

Jona Schmid ist als Experte in eigener Sache zur KVJS-Tagung in die Stuttgarter Liederhalle gekommen. Denn er hat wie mehr als 6.000 wesentlich behinderte Menschen, meist mit einer geistigen oder Lernbehinderung, von dem seit 2005 laufenden Förderprogramm Arbeit Inklusiv des KVJS profitiert. Das Programm ebnet insbesondere Abgängern und Abgängerinnen der früheren Sonderschulen, heute Sonderpädagogische Beratungs- und Bildungszentren (SBBZ), inklusiv beschulten

jungen Menschen sowie Beschäftigten der Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) den Weg auf den allgemeinen Arbeitsmarkt und sorgt für eine dauerhafte Unterstützung.



Gebärdensprachdolmetscherinnen übersetzten während des gesamten Fachtags.

Förderung aus einer Hand

„Mit Arbeit Inklusiv werden Arbeitnehmer aber auch Arbeitgeber gleichsam wie aus einer Hand gefördert und unterstützt“, so Gerhard Bauer, Verbandsvorsitzender des KVJS und Landrat von Schwäbisch Hall. Bauer eröffnete die Fachtagung „Ein Gewinn für alle: Teilhabe wirkt!“ in der Stuttgarter Liederhalle. Vorgestellt wurden die Ergebnisse des Forschungsprojekts zur Wirksamkeit des KVJS-Programms Arbeit Inklusiv.

Dieses bundesweit einmalige Förderprogramm hat eine Besonderheit: „Es ist Ihnen gelungen, das ganze Land dahinter zu versammeln“, stellte Dr. Peter Mozet vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales fest. Denn in Baden-Württemberg ziehen von Beginn an alle Beteiligten an einem Strang: Das Kultusministerium machte die systematische berufliche Vorbereitung im Rahmen einer vertieften beruflichen Orientierung sowie deren Planung,

Die berufliche Orientierung soll inklusiver organisiert werden

Die entsprechenden schulischen Unterstützungsangebote, die Berufsvorbereitende Einrichtung (BVE) sowie die Kooperative berufliche Bildung und Vorbereitung (KoBV), werden bisher von den SBBZ organisiert. Diese sollen nach den Ankündigungen von Ministerialdirektor Daniel Hager-Mann vom baden-württembergischen Kultusministerium, konzeptionell und organisatorisch überarbeitet werden und künftig als inklusive Angebote zu den Beruflichen Schulen übergehen.

Für Arbeit Inklusiv haben der KVJS, die Stadt- und Landkreise als Träger der Eingliederungshilfe und die Agentur für Arbeit ihre Kräfte gebündelt. Mit Erfolg. Landesbehindertenbeauftragte Simone Fischer betonte in Stuttgart: „Ich bin überzeugt, gute Kooperation und gemeinsame Strukturen bringen die Inklusion voran.“



V. li.: Landes-Behindertenbeauftragte Simone Fischer, Dr. Harald Weber, ITA, Dr. Peter Mozet, BMAS, Daniel Hager-Mann, Kultusministerium BW, Berthold Deusch, Leiter KVJS-Integrationsamt. Fotos: © Günter E. Bergmann

Diese und weitere Fragen untersuchte das KVJS-Forschungsprojekt unter der wissenschaftlichen Leitung von Dr. Harald Weber, Institut für Technologie und Arbeit (ITA), Rheinland-Pfälzische Technische Universität Kaiserslautern-Landau. Er und sein Team befragten rund 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Programms und mehr als 230 Betriebe.

Arbeitgeber möchten Beschäftigung ausweiten

Die Studie ergab, dass rund 60 Prozent Vermittlungen in kleinen und mittleren Betrieben bis 250 Arbeitsplätze stattfand. Ungewöhnlich für Baden-Württemberg, wo knapp 50 Prozent der beruflich Aktiven in größeren Unternehmen arbeiten.

Von den befragten Arbeitgebern wollen 79 Prozent mehr Menschen mit Behinderung beschäftigen. Ein Pluspunkt ist für sie die gute Unterstützung durch die Integrationsfachdienste (IFD). Die IFD vermitteln und unterstützen geeignete Kandidatinnen und Kandidaten und bleiben verlässliche und kompetente Ansprechpartner der Arbeitgeber. Auch die dauerhafte finanzielle Förderung der Arbeitsplätze ist ein wichtiges Kriterium.

Mehr Lebenszufriedenheit bei Beschäftigten

Für viele der befragten Arbeitnehmer ist das Gefühl der Zugehörigkeit, Selbstwirksamkeit und Erfolg wichtig. Aus dieser Erfahrung ergibt sich eine überdurchschnittlich hohe Lebenszufriedenheit der befragten Beschäftigten.

„Es ist bei uns hier wie Familie“, freut sich Sarah Jud. Die junge Frau hat mit Hilfe von Arbeit Inklusiv eine Stelle im iD-Drogeriemarkt Beinstein gefunden und genießt ihre Beliebtheit bei den Kunden. Sarah

Jud ist sich jedenfalls sicher: „Hier will ich einfach nicht weg.“ Für die KVJS-Tagung sprach sie in einem kleinen Spielfilm über ihre Erfahrungen, ebenso wie Jona Schmid.

Die Beschäftigten mit Behinderung punkten nicht zuletzt durch überdurchschnittliches Engagement und Motivation, wie 92,2 Prozent der befragten Betriebe befanden. „Es gibt eine bemerkenswert hohe Stabilität der Nachhaltigkeitsquote“, stellte Studienleiter Weber fest. Die verschiedenen Krisen hätten keine messbaren Auswirkungen darauf gehabt. Derzeit liegt die Nachhaltigkeit bei 84,7 Prozent. Wer einmal im Betrieb angekommen ist, bleibt.

Monika Kleusch



Die Expertenrunde (v.li.): Moderator Andreas Reuter, KVJS, Jona Schmid, Samariterstift Dachtel, Dr. Peter Mozet, BMAS, Thomas Würth, Südwestmetall/ Arbeitgeber BW, Daniel Hager-Mann, Kultusministerium BW, Angelika Kvaic, Bundesagentur für Arbeit, Florian Wahl, Vorsitzender Sozialausschuss Landtag BW.

Abstimmung und Steuerung in Berufswegekonferenzen zur Aufgabe der Schulen. Die berufliche Vorbereitung und Orientierung sind an die duale Ausbildung angelehnt. In dem leistungsträgerübergreifenden Unterstützungsprozess werden insbesondere die Berufsberatung, die Eingliederungshilfeträger und die Integrationsfachdienste frühzeitig eingebunden.

Erfolgsfaktoren identifizieren

Die gute Kooperation ist einer der Erfolgsfaktoren des Förderprogramms. Doch wie wirkt es sich auf die Menschen mit Behinderung aus, die dadurch einen regulären Job gefunden haben? Wie stehen ihre Arbeitgeber zu dem Programm? Würden sie weitere Menschen mit Behinderungen beschäftigen?

Kurzfilm mit Jona Schmid und Sarah Jud

Hören Sie, was Jona Schmid und Sarah Jud und ihre Arbeitgeber über die Beschäftigung mit Unterstützung des Förderprogramms Arbeit Inklusiv zu sagen haben! Den kleinen Film (ca. 4:30 Minuten) finden Sie hier: www.youtube.com/watch?v=JOt_EBacVuA



Forschungsbericht und Zusammenfassungen in Einfacher Sprache und Leichter Sprache

Die Internetseite des Forschungsprojekts hält alle relevanten Informationen für Sie bereit. Neben der Tagungsdokumentation stehen dort der ausführliche Forschungsbericht sowie Zusammenfassungen in Einfacher Sprache und in Leichter Sprache zur Verfügung. www.kvjs.de/forschung/kvjs-forschung/projekte/wirkungen-der-foerdergrundsatze-arbeit-inklusiv



Symbolbild Broschüren. Foto: © fotofabrika - stock.adobe.com

Neu erschienen

Alle Publikationen des KVJS sind kostenlos. Sie stehen auch im Internet unter www.kvjs.de/der-kvjs/service/publikationen-und-videos/ zum Download zur Verfügung.

Früher Bescheid wissen!

Sie wollen wissen, was sich im KVJS tut und möchten nicht auf das gedruckte KVJS Aktuell warten? Dann abonnieren Sie kostenlos die Online-Ausgabe! Sie erscheint bereits zwei Wochen vor der Druckausgabe im Internet. Bestellung bei Lisa-Marie.Weirich@kvjs.de

Jugend

Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung in stationären Angebotsformen (§ 35 SGB VIII) – Grundlagen für die Betriebserlaubnis, Februar 2024.

Das Grundlagenpapier geht insbesondere auf das Erfordernis einer Betriebserlaubnis und die Anforderungen für deren Erteilung ein. Die Definition von Rahmenbedingungen soll gemeinsame fachliche Standards schaffen, die eine angemessene Qualität von Angeboten in Einrichtungen sichern und in denen Kinderschutzstrukturen gewährleistet sind.

Die Eignung von Kindertagespflegepersonen und die Erlaubnis zur Kindertagespflege, Februar 2024.

Die Publikation behandelt verschiedene Aspekte der Kindertagespflege, einschließlich Formen der Betreuung, Eignungskriterien für Kindertagespflegepersonen und den Prozess der Erlaubniserteilung. Weitere Aspekte, wie die Kooperation zwischen örtlichem Jugendamt und freiem Träger, werden ebenfalls behandelt.

Bestellung:

Ulrike Reindl
Telefon 0711 6375-469
Ulrike.Reindl@kvjs.de

Bestellung:

Petra Neuhäuser
Telefon 0711 6375-402
Petra.Neuhaeuser@kvjs.de

KVJS-Forschung / Inklusion

Evaluation der Wirkungen der Fördergrundsätze Arbeit Inklusiv, April 2024.

Die Studie untersucht die Situation von Menschen mit Behinderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, deren nachhaltige Teilhabe durch das KVJS-Förderprogramm „Arbeit Inklusiv“ ermöglicht wird: Ziel des Forschungsvorhabens war es, Erkenntnisse dazu bereitzustellen, inwiefern die seit 2005 in Baden-Württemberg umgesetzten und kontinuierlich weiter entwickelten Maßnahmen (sog. Fördergrundsätze „Arbeit Inklusiv“) zur arbeitsmarktnahen Qualifizierung von Teilnehmenden zu einer verbesserten Teilhabesituation beitragen. Nun liegen mit dem Abschlussbericht des Forschungsvorhabens die Ergebnisse vor.

Bestellung:

integrationsamt@kvjs.de

Digitalmagazin ZB:

Relevante Infos zu Behinderung und Beruf neu verpackt!

Anschauliche Filme, aktuelle Rechtsprechung, schnelles Teilen von Inhalten: Das bietet das neue Digitalmagazin ZB Behinderung & Beruf. In der zusätzlichen Regionalausgabe Baden-Württemberg erfahren Sie Neues aus „the Länd“!

Schwerbehindertenvertretungen, Interessenvertretungen und Inklusionsbeauftragte können sich mit dem Digitalmagazin auf dem Laufenden halten. Und das vier Mal im Jahr. Es hat die bekannte ZB in Papierform abgelöst. Einblick in das neue Konzept bietet ein kleines Video auf der Internetseite der BIH: www.bih.de/bih/

Oder gleich das Magazin kostenlos abonnieren unter www.bih.de/integrationsaemter/zb-magazin/digitales-abo/



KVJS

**Kommunalverband
für Jugend und Soziales
Baden-Württemberg**

Postanschrift
Postfach 10 60 22
70049 Stuttgart

Hausanschrift
Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart
Telefon 07 11 63 75-0

info@kvjs.de
www.kvjs.de